

Margit Mayer

Das neue Elend der US-Städte: eine avancierte Form des Klassenkampfes von oben

Die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2006-08 hatte in den USA nicht nur ihren Ursprung in den Städten (vgl. Evans 2007, Harvey 2010). Auch ihre Folgen weisen spezifisch städtische Dimensionen auf, die eine neue Krise der Kommunen und in der Folge auch neue Auseinandersetzungen über die Abwälzung der 'Schuldenkrise' auf die einzelstaatliche und vor allem städtische Ebene mit sich bringen. Im Vergleich zu den 1960er und frühen 1970er Jahren manifestierte sich die aktuelle Krise der Städte nicht in Form von Getto-Rebellionen und sozialen Erschütterungen. Stattdessen äußerte sie sich zunächst in den Zwangsvollstreckungen gegenüber verschuldeten Hauseigentümern in den Vorstädten alter Industriestandorte wie Cleveland oder Baltimore, die oftmals aus sozial marginalisierten Schichten kamen und nach der Räumung buchstäblich auf der Straße saßen. Bald rissen die zwangseingekauften Immobilien immer größere Löcher von Brachen und Leerstand in immer mehr Teile der städtischen Agglomerationen. In Florida, Kalifornien¹ und in anderen westlichen Bundesstaaten waren vor allem die Gegenden der kurz zuvor noch boomenden 'exurbanen' Peripherie betroffen. Was zunächst als Krise des Wohnungsmarkts, ausgelöst durch die neuartige Verschränkung von Finanz- und Immobilienmarkt, daher kam, ist inzwischen zu einer massiven Krise städtischer Haushalte mutiert – mit entsprechenden sozialen und politischen Konsequenzen – und allmählich auch neuen Protest- und Widerstandsformen.

Dieser Aufsatz beleuchtet zunächst den Prozess, in dem die städtische Immobilienblase die Krise herbeigeführt hat, um dann deren Rückwirkungen auf die städtischen Haushalte selbst zu analysieren. Im dritten Schritt werden einige der sozialen Auswirkungen der Krise in den amerikanischen Städten und die staatlichen Maßnahmen, mit diesen umzugehen, zusammen gestellt. So vielfältig und disparat die hier zum Ausdruck kommenden Widersprüche sind, so buntscheckig ist auch das Bild der Gegenbewegungen, die sich formieren.

1 Kalifornien und Florida sind die am stärksten betroffenen Staaten. Dort befinden sich ca. 20 Prozent der Schuldner mit den Rückzahlungen mindestens 90 Tage im Verzug (Powell/Roberts 2009).

1. Städte als Auslöser der Finanzmarktkrise

Als es 2002 zu den ersten Zwangsräumungen kam, wurde dies von der Öffentlichkeit kaum bemerkt – denn betroffen waren zunächst Afroamerikaner und alleinerziehende Frauen. Seit Mitte der 1990er Jahre breitete sich die Praxis aus, dass zunächst kleine Hypothekenfirmen² mittels niedriger *teaser rates* (geringe Zins- und Tilgungsraten, die aber später steigen) viele Leute dazu brachten, hochriskante Hypotheken aufzunehmen, die dann an größere Firmen verkauft wurden. Statt hier zu intervenieren, war die Bush-Regierung noch 2004 eifrig bemüht, eine schärfere Regulierung solcher *Subprime*-Händler zu verhindern. Erst als die Zwangsräumungen 2007 eskalierten und deutlich wurde, dass auch die großen Wall Street-Banken daran beteiligt waren, Immobilien in Fondsinvestments zu verwandeln, stellte die Regierung fest, dass die USA sich auf dem Weg in eine riesige Finanzkrise befanden – eine Krise, an deren Produktion Washingtoner Akteure maßgeblich beteiligt waren. Denn diese Sorte Hypothekengeschäfte war erst aufgrund der Deregulierungen des Finanzmarkts möglich geworden, die unter der Clinton-Administration eingesetzt hatte.³ Eine wichtige Rolle spielten dabei Finanzinnovationen, die es erlaubten, die zweitklassigen Hypotheken, die Firmen wie beispielsweise AmeriQuest in Orange County besorgt hatte, mit 15.000 anderen Hypotheken aus den ganzen USA in Zertifikate im Wert von 2,4 Mrd. Dollar zu packen. Mit solchen von den Wall Street-Banken geschnürten hypotheken-basierten Wertpapieren transformierten sie die *subprime*-Kredite in begehrte Finanzanlagen, um die sich dann große internationale Investoren genauso wie Pensionskassen des öffentlichen Sektors bemühten. Dank dieser Finanzialisierung und Internationalisierung immobilienwirtschaftlicher Inves-

2 Kreditinstitute wie AmeriQuest (die Pionierfirma), BNC Mortgage (gehörte Lehman Brothers), Option One, New Century überschwemmt ganze Viertel mit Anrufen und Postwurfsendungen, schickten Tausende von Verkäufern in Kirchenversammlungen und auf Hausbesuche und versprachen, dass die Leute ihre Häuser – von deren steigendem Wert man allseits ausging – beleihen könnten und so Geld für notwendige Anschaffungen oder die Ausbildung ihrer Kinder bekämen, oder dass neuerdings Hauseigentum auch ohne Anzahlung finanziert werden könne, die Liegenschaftswerte stabil und die Zinsen niedrig seien. Oft arbeiteten diese Firmen mit betrügerischen Methoden, fälschten Unterschriften, und überhöhten die Einkommensangaben auf den Formularen. Die enormen Profite „überzeugten“ die großen Wall Street Banken, die diese Geschäfte finanzierten und ihnen den Anschein von Seriosität verliehen – und damit aus einer anfänglich marginalen Praxis am Hypothekenmarkt ein „Monster“ kreierte (Hudson 2010).

3 So erfolgte z.B. die Demontage des Glass-Steagall-Gesetzes in der Zeit als Robert Rubin (Citigroup chairman) Bill Clintons Finanzminister war. Auch nachträglich unternehmen die staatlichen Behörden bislang nichts, um die verantwortlichen Banker zur Rechenschaft zu ziehen (vgl. Nocera 2011).

titionen verbreitete sich die Immobilienblase weltweit. Banken und Investoren machten mit den hochriskanten Hypotheken so lange enorme Gewinne, bis Millionen von Kreditnehmern die steigenden Zinsen nicht mehr zahlen konnten bzw. mit ihren Zahlungen in Rückstand gerieten.

Der Zusammenbruch des Finanzierungssystems des amerikanischen städtischen Immobilienmarkts bildete den Ausgangspunkt der großen Wirtschaftskrise – auch wenn er selbst nur Ausdruck der vorherigen drei Jahrzehnte währenden Stagnation der Reallöhne ist. Um die folgende 'Rettung' des Bankensystems sowie die krisenbedingten sozialen Kosten (v.a. aufgrund wachsender Arbeitslosigkeit) finanzieren zu können, haben sich die Regierungen – nicht nur die der USA – erheblich zusätzlich verschuldet. Damit wurde die Finanzkrise in eine Fiskalkrise des öffentlichen Sektors transformiert (vgl. French/Leyshon 2010: 2550), deren Bewältigung sich jetzt auch als eine lokalpolitische Herausforderung darstellt.

In den USA verkörpert Detroit nicht nur die Krise der fordistischen Urbanisierung (Steinmetz 2009), es ist auch die Stadt mit dem höchsten Anteil von Zwangseignungen wegen nicht zurückgezahlter Hypotheken. Ford, Chrysler und GM hatten schon lange Schwierigkeiten, ihre Autos abzusetzen, und schon seit geraumer Zeit bauten sie ihre Belegschaften ab. Aber zwischen Januar 2008 und Juli 2009 schnellte die Arbeitslosigkeit in Detroit von 14,8 auf 28,9% hoch. Berücksichtigt man die informelle Arbeitslosigkeit, so waren es sogar 40%. Ende 2010 betrug die Arbeitslosigkeit laut *The Detroit News* knapp 50%.⁴ Auch hier waren Familien trotz niedriger Einkommen mit günstigen Krediten dazu gebracht worden Häuser zu kaufen. Die Schließung und Verlagerung großer Produktionsstandorte und das gleichzeitige Platzen der Kreditblase führten zum historisch einmaligen Zusammenbruch des Immobilienmarkts: Zwischen 2007 und Ende 2009 wurden in Detroit 67.000 Häuser zwangsversteigert (Popelard/Vannier 2010).

Die Bevölkerung Detroits ist seit den 1950ern um mehr als die Hälfte geschrumpft (damals hatte die Stadt fast 2 Millionen Einwohner, heute weniger als 714.000, vgl. Davey 2011), mit all dem Leerstand (etwa 65.000 Grundstücksparzellen) ist die Stadt jetzt so ausgedünnt und gefährdet, dass Bürgermeister Dave Bing die verbleibenden Bewohner in 2/3 der Stadt zu konzentrieren versucht, um in den Quartieren mit den meisten Leerständen die kommunalen Dienstleistungen wie Wasser- und Abwasserversorgung, Elektrizität, Müllabfuhr, Polizei und Feuerwehr beenden bzw. einschränken zu können (Dolan 2010; Davey 2011).

Während sich die ersten Wellen der Pfändungen von Häusern noch innerhalb altindustrieller Städte wie Detroit, Baltimore, Cleveland (wo 2008-09 mehr als

4 <http://www.detroitnews.com/article/20091216/METRO01/912160374/Nearly-half-of-Detroit-s-workers-are-unemployed>; vgl. auch http://www.huffingtonpost.com/2009/12/16/detroits-unemployment-rat_n_394559.html

10.000 Zwangsräumungen stattfanden) zeigten, sowie in den Staaten, in denen die *Housing bubble* besonders stark ausgeprägt war (Kalifornien, Florida), ist der Verfall der Immobilienpreise und die Konzentration von Zwangsräumungen inzwischen in den *Exurbs*, also in den entfernter liegenden und relativ neuen Wohnsiedlungen noch massiver als in den zentralen Städten und ihren näher liegenden *Suburbs*. Die dort in den letzten Jahren empor schießenden *McMansions* verkörpern die aktuellste Variante des amerikanischen Traums: „die Menschen wollten gar nicht unbedingt so weit aus den Städten hinausziehen, aber sie taten es wegen der Aussicht auf ein eigenes Haus mit Garten und der steuerlich absetzbaren Zinszahlungen (...). Während im Jahr 2000 14 Millionen Menschen in *Exurbs* lebten, waren es 2007 schon etwa 17 Millionen, also 5,6 Prozent der US-Bevölkerung, so das Brookings Institut. Kendall County, ein Landkreis etwa 50 Meilen westlich von Chicago, war während der Boomjahre eine der am schnellsten wachsenden *Exurbs*. Hier verdoppelte sich die Anzahl der Bevölkerung von knapp 55.000 im Jahr 2000 auf etwa 100.000 in 2008. (...) Das Einkommen der Bewohner, die in den letzten fünf Jahren zugezogen sind, liegt im Schnitt 20 Prozent unter dem der bereits länger dort Ansässigen. (...) Nun, da die Immobilienkrise und die Rezession die *Exurbs* von Wachstumsmaschinen in wirtschaftliche Nachzügler verwandelt hat, fühlen sich viele dieser Familien gleich doppelt bestraft: Sie stecken in der unattraktiven Pampa und haben trotzdem kein Eigenkapital“ (Dougherty 2009).

Exemplarisch für die Hochburgen der kalifornischen Hypothekenkrise ist Stockton, das ca. 130 km östlich von San Francisco in einem wasserarmen Teil des San Joaquin Valley liegt: hier wurde 2008 jedes zehnte Haus zwangsversteigert, 40% des Wohnungsbestandes stehen leer. Die Kommune färbte die vertrockneten Rasenflächen grün ein: Weil deutliche Hinweise auf Leerstand zu weiteren sozialen Problemen führen, hofft die Gemeinde, dadurch Unbefugte vom Eindringen abzuhalten. Die bewohnten Nachbarhäuser verzeichneten nach einer Schätzung des Center for Responsible Lending allein im Jahr 2009 einen Wertverlust von etwa 500 Milliarden Dollar, was bei 69,5 Millionen Eigenheimen eine durchschnittliche Wertminderung von 7.200 Dollar pro Immobilie ausmacht (Kroll 2010). In Florida fanden 2008 540.414 Liegenschaftspfändungen statt, davon 56.477 in Miami. In Lehigh Acres finden die Banken für ca. 1500 leer stehende Häuser keine Käufer. Häuser, die noch 2004 für 300.000 Dollar den Besitzer wechselten, finden heute selbst für weniger als 100.000 Dollar keine Käufer. Viele davon sind in illegale Treibhäuser für Hanfanbau verwandelt worden, obwohl die Polizei schon über 100 Häuser zugemauert hat.

Insgesamt sind laut Moody's Economy.com zwischen 2006 und 2008 mehr als 3 Millionen Eigenheime gepfändet oder zwangsenteignet worden. Jede siebte Hypothek war im ersten Quartal 2010 im Zahlungsrückstand oder bereits in der Pfändung. Mehr als ein Sechstel aller Eigenheimbesitzer sind „under water“, d.h.

ihre Hypotheken sind höher als der Marktwert ihrer Immobilie.⁵ Im Jahr 2010 wurden mehr als eine Million Häuser zwangsenteignet; die Schätzungen weiterer Pfändungen bewegen sich zwischen 6 und 11 Millionen (Gittelsohn/Willis 2010).

Auch Studien der bei Banken und Finanzinstituten angestellten Ökonomen sagen kein baldiges Ende der Immobilienkrise voraus. Laurie Goodmans Studie⁶ kommt ebenfalls zu dem Schluss, dass mehr als 11 Millionen Hypothekenkunden in Gefahr sind, ihr Wohnungseigentum zu verlieren – d.h. 20 Prozent der Kreditnehmer. Auch Nouriel Roubini, einer der wenigen Ökonomen, die die Finanzkrise antizipiert haben, riet Investoren, sich auf die nächste Welle von Immobilienverlusten vorzubereiten. Ausgehend von Verlustschätzungen von 11 Millionen weiteren Immobilien, kalkuliert er, dass auf die Finanzindustrie weitere Verluste in Höhe von einer Milliarde Dollar zukommen (Rusli 2010).

Während bei den letzten sieben Rezessionen seit 1960 ein wieder einsetzender Wohnungsbau sowie Grundstücksverkäufe stets das Ende der Flaute ankündigten, ist dies bei dem bescheidenen Aufschwung, der seit der zweiten Hälfte von 2009 verzeichnet wird, nicht der Fall. Statt dessen droht die Immobilienkrise den wirtschaftlichen Aufschwung zu erschweren – und sie erschwert die Situation der Kommunen und verschlimmert die soziale Krise.

2. Die Krise der kommunalen Haushalte

Wie u.a. von der National League of Cities angekündigt, machen sich die rezessionsbedingten Einnahmeausfälle der Städte nun – mit einer Verzögerung von circa zwei Jahren – bemerkbar (vgl. Cohen 2009). Die kommunalen Einnahmequellen schrumpfen zwar schon länger, und vielerorts haben sich schon bald nach 2008 riesige Haushaltslöcher aufgetan. Nicht nur in den Städten des *Rustbelt*, wo die Kommunen bis zu 80% ihres steuerlichen Einkommens von den (mehr und mehr outsourcenden) Autofabriken bezogen hatten (wie in Detroit/Michigan, Youngstown, Lordstown und Wilmington/Ohio), sondern auch in Städten mit breiteren Produktionspaletten begannen nun sämtliche kommunale Einnahmequellen gleichzeitig zu schrumpfen: Grundsteuern, Umsatzsteuern, Einkommenssteuern, Kreditlinien und die Zuwendungen von Einzelstaaten,⁷ die

5 23,1% aller mit einer Hypothek belasteten Eigenheime – das sind 11,1 Mill. Haushalte – sind „under water“, so Dylan Ratigan auf MSNBC am 8. März 2011 <http://showdowninamerica.org/news/msnbc-dylan-ratigan-america-fights-back-against-foreclosure/030811>

6 Laurie Goodman ist Senior Managing Director von Amherst Securities, und ehemalige Ko-Direktorin von *fixed income research* von UBS (Goodman 2010).

7 Nur wenige Einzelstaaten leisten sich noch Versuche, ihre verschuldeten Kommunen mit „Distressed Cities“-Programmen vor dem Bankrott zu retten: Pennsylvania hat

selber mit wachsenden eigenen Finanzlöchern zu kämpfen haben, nahmen ab (vgl. Eaton 2009). Obamas Konjunkturpaket⁸ sorgte zunächst dafür, dass ein Drittel der Haushalte der Einzelstaaten vom Bund (2008: ein Viertel) finanziert wurde, aber im Sommer 2011 läuft dieses Programm aus, und wird dank Republikanischer Mehrheit im Repräsentantenhaus mit Sicherheit nicht neu aufgelegt. Bis dahin haben sich die einzelstaatlichen Steuereinnahmen – schon allein wegen der hohen Arbeitslosigkeit und des schwachen Wohnungsmarkts – natürlich keineswegs erholt und das Niveau vor der Rezession erreicht. Im Gegenteil, die Summe der einzelstaatlichen Defizite wird bis 2013 auf 175 Mrd. Dollar veranschlagt (Dennis/Wallsten 2011). Dazu kommen die Verpflichtungen, die Städte und Staaten den Pensionskassen ihrer Angestellten schulden, deren Gewerkschaften im Lauf der letzten Jahrzehnte großzügige Renten anstatt Lohnerhöhungen erstritten haben (Riccardi 2011). „Pensionsansprüche auf bundesstaatlicher und lokaler Ebene, die in einigen Staaten sogar durch die Verfassung geschützt sind, treffen laut unterschiedlichen Berechnungen auf versteckte Defizite von bis 3,5 Bill. Dollar“ (Cooper/Walsh 2010, vgl. auch Rauh/Novy-Marx 2010).

Wo die bisherigen Einnahmequellen allesamt schrumpfen, bleiben den Kommunen im wesentlichen zwei Wege, um funktionsfähig zu bleiben: sie können versuchen, ihre Einkünfte zu steigern – durch Steuererhöhungen, Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Liegenschaften, und durch Aufnahme kurzfristiger (teurer) Kassenkredite sowie durch eigene Risikogeschäfte an internationalen Finanzmärkten; oder sie können ihre Ausgaben einschränken. Alle diese Versuche werden, in unterschiedlichen Gewichtungen, unternommen, wobei die Erhöhung von Steuern zumeist das allerletzte, weil bei Politikern unbeliebteste Mittel ist. Dennoch haben bereits 30 Staaten zu Steuererhöhungen gegriffen, 12 davon haben Einkommenssteuern erhöht. In Illinois wurde – unter dem Druck breiter Mobilisierungen getragen von der sog. *Responsible Budget Coalition* – im Januar 2011 das massivste Steuererhöhungspaket verabschiedet.

Kommunale Anleihen (sog. municipal bonds) galten bislang als eine der sichersten Arten, Gelder aufzutreiben, v.a. für den Bau von sozialer wie Verkehrs-Infrastruktur; sie galten als konservativ und risikofrei. Bereits in den späten 1970er Jahren begannen große Staaten wie Kalifornien allerdings damit, Anleihen mit

20 (darunter Pittsburgh), Michigan 37, New Jersey sieben Städte in solche Programme aufgenommen: sie erhalten Not-Kredite, während sie ihre Finanzen unter Aufsicht des Einzelstaates in Ordnung bringen sollen (Williams Walsh 2010).

8 Von 787 Mrd. Dollar des sog. Stimulus-Pakets, das weithin als viel zu knapp kritisiert wurde (vgl. Evans 2008), wurden mehr als 40% für Steuervergünstigungen und ein vergleichsweise geringer Teil zur Deckung der Finanzierungsdefizite von Einzelstaaten und Kommunen verwandt (vgl. Krugman 2010b).

variablen Zinssätzen zu nutzen, um Geld zu sparen. In den späten 1990er Jahren fingen auch Kleinstädte damit an, weil es politisch einfacher war, als Steuern zu erhöhen. Bald darauf wurden die Zinsswaps eingeführt, die den Kommunen erlaubten, einen Teil ihres Fremdkapitals zu variablen Zinsraten zu bedienen. Sie spekulierten darauf, dass sich die Zinsraten zu ihren Gunsten entwickeln würden. Die Investoren schützten sich vor Verlusten mit Versicherungen, die garantierten, dass sie ausbezahlt würden. Als der Kreditmarkt schließlich kollabierte, wurde die Bonität der meisten Anleihen-Versicherer zurückgestuft, was den Investoren erlaubte, die Tilgung zu beschleunigen, wodurch die Zinsen explodierten. Hunderte von Kleinstädten und Counties hatten solche riskanten Derivate gekauft – ganz so wie Hauseigentümer mit guten, festverzinslichen Hypotheken ihr Wohneigentum mit riskanten Hypotheken mit vorgeblich niedrigeren, aber variablen Zinsen beliehen haben. Weil auch der Markt für kommunale Anleihen kaum reguliert war, konnte beispielsweise die Investment Bank Morgan Keegan & Company in Tennessee seit 2001 kommunale Anleihenderivate im Wert von 2 Mrd. Dollar an 38 Städte und Counties verkaufen. Mit dem Effekt, dass diese Städte heute enorme Gebührenerhöhungen für Wasser- und Abwasserversorgung von ihren Bürgern verlangen (Van Natta Jr. 2009).

Dennoch bewerten die Rating Agenturen die Wertpapiere von Staaten und Kommunen noch gut. Sie sind sich sicher, dass „Bundesstaaten und Städte in der Regel ihre Gläubiger auszahlen *noch bevor sie die Rechnungen für öffentliche Güter und Dienste begleichen*. Standard & Poor gab diesen Monat einen Bericht heraus, nach dem es sich bei den Krisen der Bundesstaaten und Kommunen ‘eher um eine Frage harter Entscheidungen als um eine drohende Zahlungsunfähigkeit’ handele.“ (Cooper/Walsh 2010, Hervorhebung MM). Sobald Investoren entscheiden sollten, die Schuldscheine der schwächsten Einzelstaaten oder Kommunen nicht mehr zu kaufen, würde dies eine Krise auslösen, die sich dann auch auf die robusteren Staaten und Kommunen ausbreiten würde, auch sie könnten dann nur noch teure Schulden aufnehmen.

Die zu bedienenden Anleihen (in Höhe von circa 2,8 Bill. Dollar) werden allerdings von den Renten, die die Städte und Gemeinden und Einzelstaaten ihren Beschäftigten schulden, weit übertroffen. Auch deshalb sind die Wertpapiere der Staaten bei Investoren nicht mehr so begehrt, und einige Hedge Fonds wetten bereits auf die wachsende Verschuldung einiger Staaten (Cooper/Walsh 2010). Die Parallelen zur Subprime-Krise drängen sich auf: Genauso wie Wohneigentum als sichere Wette galt und niemand für möglich hielt, dass die Preise im ganzen Land gleichzeitig fallen würden, gelten heute die Anleihen von Kommunen als sichere Kapitalanlage, da Staaten ihre bond holders ja jederzeit ausbezahlen könnten – und sei es durch Steuererhöhungen (natürlich nicht für die Vermögenden und Konzerne). Mehr und mehr Städte stehen allerdings inzwischen kurz vor

dem Konkurs, wie z.B. Harrisburg, die Hauptstadt von Pennsylvania, die wegen des fehlkalkulierten Baus einer Müllverbrennungsanlage mit 68 Mill. Dollar verschuldet ist. Noch weigern sich die Kommunalpolitiker, Steuern zu erhöhen.

Die meisten Staaten und Kommunen greifen, jedenfalls bevor sie an Steuererhöhungen denken, zu mehr und mehr Kürzungen und zunehmend drastischen Einschnitten bei ihren öffentlichen Dienstleistungen. Bis August 2010 hatten bereits 46 Einzelstaaten solche Einschnitte vorgenommen, deren Folgen vor allem für sozial benachteiligte Gruppen dramatisch sind (Center for Budget and Policy Priorities 2010). Die meisten Einzelstaaten reichen ihre Finanznot an die Städte und Gemeinden weiter, indem sie ihre städtischen Zuwendungsprogramme kürzen oder, wie in Nevada, komplett streichen (Cooper 2011). In der Folge schließen die Städte 'entbehrliche' öffentliche Einrichtungen, kürzen ihnen obliegende soziale Dienstleistungen, erhöhen kommunale Gebühren – von Parkgebühren über solche für Baugenehmigungen bis hin zu Gebühren für das Sterilisieren von Haustieren; öffentliche Bauvorhaben werden genauso wie notwendige Instandhaltungen aufgeschoben; der Thermostat in den Behörden wird auf niedrigere Temperaturen eingestellt, alte Polizeiautos im Internet zum Verkauf angeboten, Gefängnisangestellte in unbezahlten Urlaub geschickt; in den Rathäusern wird die Vier-Tage-Woche eingeführt; die Preise für den öffentlichen Nahverkehr in St. Louis, Boston, Atlanta, und San Francisco wurden erhöht und gleichzeitig das Angebot verringert. Kommunen entlassen mehr und mehr Personal: Lehrer an öffentlichen Schulen, Sachbearbeiter in den Verwaltungen, Angestellte in öffentlichen Einrichtungen – allein im September 2010 wurden 76.000 Angestellte im öffentlichen Sektor entlassen, zwei Drittel davon an Schulen. Die National League of Cities prognostiziert für 2011 weitere 480.000 Entlassungen bei den Kommunen (Lee 2010). Viele öffentliche Einrichtungen werden ganz geschlossen: Bibliotheken, Sport- und kulturelle Einrichtungen, Angebote für Jugendliche wie Ältere. Sogar Polizisten werden entlassen (in Newark 13% der Polizeikräfte) und Feuerwehren geschlossen (Cooper 2010b; Lee 2010; Brown 2009; Turse 2009). Colorado Springs hat ein Drittel der Straßenlampen ausgeschaltet, um Strom zu sparen, Polizisten entlassen und Polizeihubschrauber versteigert (Cooper 2010a). In 26 Staaten stellen Polizei und Feuerwehr ihre Dienstleistungen inzwischen in Rechnung – „denn die Reaktion auf Verkehrs- und andere Unfälle gehört weder zu den Funktionen der Strafvollzugsbehörden noch der Feuerwehr“ (Jensen 2010).

Die Städte Kaliforniens⁹ und Illinois sind am stärksten gefährdet, denn von ihren tief verschuldeten Staaten können sie statt Hilfen nur weitere Zumutungen

9 Der Staat Kalifornien hat das größte Defizit. Der Grund liegt v.a. im kalifornischen Steuersystem. Seit Einführung der Proposition 13 (welche die Grundsteuer massiv reduzierte) und einer Reihe weiterer Steuerreformen werden fast nur noch Umsätze besteuert.

erwarten (z.B. Mishak 2011). Maywood, eine 50.000-Einwohner-Stadt südöstlich von Los Angeles, hat sämtliche städtischen Angestellten entlassen und alle Aufgaben an Private und Nachbarkommunen vergeben.

Mit ihren Entlassungen tragen die Kommunen natürlich ihrerseits zur Steigerung der Arbeitslosigkeit bei, und mit dem Abbau der sozialen Infrastrukturen zur Verschlechterung der Daseinsvorsorge und zur Erosion des öffentlichen Raums. Paul Krugman klagte bereits letztes Jahr: „Ein Land, das die Welt einst mit visionären Investitionen in das Verkehrswesen fasziniert hat – vom Erie-Kanal bis zum System der Interstate Highways -, ist nun dabei, sich selbst zu demontieren: in etlichen Bundesstaaten brechen die lokalen Verwaltungen die Straßen auf, deren Instandhaltung sie sich nicht länger leisten können, und verwandeln diese wieder zu Schotter“ (Krugman 2010).

Inzwischen allerdings geht es auch an bislang „unantastbare“ Programme und Einrichtungen im Erziehungssystem, bei der Gesundheitsversorgung für sozial Schwache und Alte und im Sozialsystem. Die im April in Washington beschlossenen tiefsten Einschnitte, die je in einem Bundeshaushalt vorgenommen wurden (38 Mrd. Dollar für 2011, der Haushalt für 2012 wird noch weit schärfere Kürzungen bringen), werden ebenfalls bald auf der Ebene der Städte und Gemeinden ankommen.

Aber die Bewältigung der Krise der kommunalen Haushalte wird nicht nur finanziell denjenigen überantwortet, die für die Ursachen der Rezession am wenigsten Verantwortung tragen. Die Schuldenkrise wird nicht nur dazu „genutzt“, die Renten, Krankenversicherungszuzahlungen und andere Leistungen für die im öffentlichen Sektor Arbeitenden massiv abzubauen, sondern auch, um ihre gewerkschaftlichen Organisationsrechte einzuschränken oder gar komplett abzuschaffen. In mehr und mehr Staaten – und nicht nur dort, wo die Republikaner seit 2011 Mehrheiten haben und/oder den Gouverneur stellen¹⁰ – dient die sog. Schuldenkrise dazu, den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes den Krieg zu erklären (McAlevy 2011). Nicht nur in Madison, Wisconsin (wo eine wochenlange Besetzung des Regierungsgebäudes und die „Flucht“ der Demokratischen Senatoren vor der Abstimmung über ein gewerkschaftsfeindliches Gesetz im März 2011 für bundesweite Aufmerksamkeit gesorgt haben), sondern auch in Ohio, South Dakota, Colorado, Michigan, Nebraska, New Hampshire, Oklahoma sowie in den von den Demokraten regierten Staaten New York und Massachusetts

Da die Einnahmen des Staats also fast nur aus Umsatzsteuer und Gebühren (für Parken und Falschparken) bestehen, befindet sich Kalifornien seit den 1980er Jahren in einer permanenten Fiskalkrise (Walker 2010).

10 In 21 Staaten verfügen die Republikaner über Mehrheiten in beiden Häusern und das Amt des Gouverneurs („trifecta“).

wurden bzw. werden die „exzessiven“ Gehälter und vergleichsweise hohen Renten der Arbeiter im öffentlichen Sektor als „wahre Ursache“ der Haushaltslöcher ausgemacht. Anstatt die von der Wall Street ausgelöste Rezession für die verringerten Steueraufkommen und die gesteigerte Nachfrage nach sozialen Leistungen verantwortlich zu machen, behaupten viele Medienberichte und Politiker nun, dass Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Sektor durchschnittlich mehr verdienen als solche in der Privatwirtschaft. Gezielt wird ein Antagonismus zwischen Steuerzahlern und Gewerkschaften konstruiert (Whoriskey/Gardner 2011).

In der Attacke auf die Pensionen der Angestellten im öffentlichen Sektor drohen Konservative wie Newt Gingrich nun damit, Regierungen die Bankrotterklärung zu erlauben – denn dann könnten sie ihre Verpflichtungen gegenüber Hunderttausenden von ehemaligen Staatsangestellten aufkündigen. Eine andere „Lösung“ deutet sich in den jüngsten, auf einzelstaatlicher Ebene verabschiedeten bzw. aktuell verhandelten *Budget Repair Bills* an: diese sehen z.T. schlicht die durch den jeweiligen Gouverneur autorisierte Möglichkeit der Auflösung der Stadtverwaltung, des Stadtrats, oder des *School Board* vor und die Einsetzung von *Emergency Managers*, die auch durch Privatfirmen gestellt werden könnten.

3. Verschärfung der sozialen Krise und staatliche „Abhilfemaßnahmen“

Während die amerikanischen Banken und auch die großen Automobilhersteller nicht nur wieder schwarze Zahlen schreiben, sondern ihren Managern auch wieder hohe Boni auszahlen, sind gut 15 Millionen Amerikaner offiziell arbeitslos, davon 6,1 Millionen länger als sechs Monate; 9,5 Millionen arbeiten unfreiwillig in Teilzeitjobs (Gittelsohn/Willis 2010; Lee 2010). Mehr als eine Million haben aufgegeben, sich als arbeitslos zu registrieren. Die offizielle Arbeitslosenquote lag im Dezember 2010 bei 9,8% (Orr 2010), in einigen Staaten liegt sie wesentlich höher: in Nevada bei 14,3%, in Kalifornien und Michigan bei 12,4%.¹¹ Die reale Arbeitslosenquote liegt also zwischen 17% und 18%. Die Durchschnittslöhne sind weiter im Fallen begriffen, so dass das Haushaltseinkommen 2008 und 2009 um 4% geschrumpft ist (Weller 2010). Die Zahl der Bezieher von Lebensmittelhilfe¹² schnellte 2009 um 13% in die Höhe, sie ist bereits auf insgesamt 43 Millionen angewachsen, 40% der Empfänger sind bezugsberechtigt, obwohl

11 Einen Überblick über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in sämtlichen Staaten gibt http://www.economytrack.org/mainchart_3.php?_tab=unemployment

12 Das „Supplemental Nutrition Assistance Program“ (SNAP) genannte Programm bezeichnet eine Zuwendung, auf die nur Haushalte unter der Armutsgrenze Anspruch haben.

sie (schlecht bezahlte) Arbeit haben, in 30 Staaten partizipieren ein Viertel aller Kinder am *Food Stamp*-Programm (Snyder 2011). Der Anstieg verlief in den Vorstädten noch stärker als in den Städten,¹³ obwohl der Anteil der Bezieher in schrumpfenden Städten wie z.B. Flint/Michigan überproportional hoch ist: hier lebten 2009 35,4% der Einwohner von Lebensmittelmarken (Associated Press 2009).

Auch die Obdachlosigkeit ist mit der Immobilienkrise sprunghaft gewachsen, sie betrifft nun auch Menschen, die in Folge von Arbeitslosigkeit ihre Mittelklasse-einkommen verloren. 2009 galten ca. 3 Millionen Menschen offiziell als obdachlos. In Los Angeles, der „*homeless capital of the nation*“, schlafen bis zu 100.000 Menschen pro Nacht auf Straßen oder in Obdachlosenheimen. In LA County wurden im Jahr 2009 62.400 Menschen zwangsgeräumt: „Erst kommen die Leute bei Freunden und Verwandten unter, aber die sind auch arm. Dann leben sie in Autos, bis diese abgeschleppt werden oder kaputt gehen. Einige leben in Zelten. Fast alle Campingplätze im Umkreis von 100 Meilen um Los Angeles sind nun von Menschen belegt, die dort fest wohnen“ (Blasi zitiert nach McGreal 2009).

Die UN-Sonderberichterstatlerin für Menschenrechte, Raquel Rolnik, bereiste 2009 eine Reihe US-amerikanischer Städte, um die Auswirkungen der Immobilienkrise festzustellen. Die UN definiert das Recht auf angemessene Wohnungsversorgung und das Recht auf Nicht-Diskriminierung als Teil der Menschenrechte – im State Department wurde ihr jedoch gleich zu Beginn des Besuchs klar gemacht, dass in den USA „angemessener Wohnraum kein Menschenrecht ist“ (zitiert in McGreal 2009). Die von Obdachlosigkeit Betroffenen, die sie vorfand, waren Menschen, die Eigenheimbesitzer gewesen waren. Sie stellte fest, dass die *subprime crisis* die bereits vorher existierende Kluft zwischen Angebot und Nachfrage für bezahlbaren Wohnraum noch vergrößert hatte; und dass die folgende Wirtschaftskrise zu wachsender Arbeitslosigkeit und damit noch stärkerer Nachfrage nach erschwinglichem Wohnraum geführt hat.

Im Oktober 2009 organisierte die Verbraucherschutzorganisation *Neighborhood Assistance Corporation of America* (NACA) eine *Save the Dream*-Tournee, um verzweifelten Eigenheimbesitzern zu helfen, eine Umschuldung ihrer Hypotheken oder ihrer astronomisch verzinnten Kredite zu erwirken. Jeweils einige Tage lang boten ihre Rechts- und Finanzberater in Arenen, in denen normalerweise Rodeos oder Viehschauen stattfinden, kostenlose Analysen und Vorschläge, mit denen die bedrohten Hausbesitzer sich dann in der gleichen Halle mit Vertretern ihrer Bank zusammen setzen konnten, um neue Konditionen für erschwingliche

13 Im Verlauf des Jahres 2008 stieg die Zahl der Food Stamp-Empfänger in Vororten um 20,5% auf 5,3 Millionen, in Städten um 16% auf 9 Millionen (Kneebone/Garr 2009).

Hypotheken auszuhandeln. Die professionelle Beratung brachte den in langen Schlangen viele Stunden, oft über Nacht wartenden Hilfesuchenden in vielen Fällen eine gravierende Ersparnis und in manchen konnte die Zwangsvollstreckung verhindert werden (Kroll 2010).

Die geographische Verteilung der Auswirkungen der Wohnungskrise ist dabei ein Novum. Während früher die (weißen) Mittelklassen durch ihren Exodus in die Vorstädte die „städtischen“ Probleme von Armut, Ungleichheit und Kriminalität hinter sich ließen – mit dem Effekt, dass soziale Disparitäten und Armutskonzentrationen innerhalb der US-Städte noch schärfer wurden –, manifestieren sich heute die Auswirkungen der Rezession – wachsende Arbeitslosigkeit und explodierende Nachfrage nach Sozialhilfe- und Notfall-Leistungen – genau so wie die Immobilien-Pfändungen in den Vorstädten noch schärfer als in den Städten. Eine Studie des Brookings Instituts verglich die Entwicklungen in urbanen und suburbanen Bezirken von 100 amerikanischen Metropolen (Kneebone/Garr 2009) und fand heraus, dass die Arbeitslosenquote, die während der Rezession 2001/02 in den Vororten noch deutlich schwächer angestiegen war als in den Städten (um 1,9 Prozentpunkte in sog. *primary cities*, um 1,4 Prozentpunkte in Vorstädten), nun in allen Regionen außer im Nordosten der USA in den Vorstädten deutlich stärker anstieg.¹⁴ Der mittlere Westen verzeichnet die höchste städtische Arbeitslosenquote (Mai 2009: 11,1%), während der Westen mit der höchsten vorstädtischen Arbeitslosenquote führt (9,7%).

Die staatlichen Maßnahmen, mit denen auf die Immobilienkrise und die verschärfte soziale Situation reagiert wurde, verdienen kaum den Namen Trostpflaster – angemessener lassen sie sich mit dem von Naomi Klein geprägten Begriff der „Shock Doctrine“ beschreiben.

Zunächst sollte Obamas Konjunkturpaket Abhilfe schaffen. Sein *Home Affordable Modification Program* (HAMP) verpflichtete die Banken, ihre Darlehenskonditionen mit überschuldeten Haushalten neu zu verhandeln. Dem (mit immerhin 75 Mrd. Dollar ausgestatteten) *Foreclosure-Präventions-Programm* fehlten jedoch jegliche Zähne, so dass selbst Neil Barofsky, der *special inspector general* für das Troubled Asset Relief Program (TARP) in seinem Bericht vom Januar 2011 HAMP als „anämisch“ bezeichnete: bis Dezember 2010 habe es kaum mehr als 500.000 Kreditmodifikationen erreicht, von denen wiederum nur 238.000 über HAMP finanziert waren. Der Bericht übt auch scharfe Kritik an

14 Insgesamt stieg die Arbeitslosigkeit um 3,9 bzw. 3,7 Prozentpunkte an; im Süden sogar um mehr als 10 Prozentpunkte. Dabei haben sich die städtischen und vorstädtischen Arbeitslosenquoten angeglichen: im Mai 2009 betrug die städtische Arbeitslosigkeit 9,6% und die in Vorstädten 8,7%, im Mai 2002 waren es noch 6,7% und 5,0% gewesen (Kneebone/Garr 2009:5).

dem für die Aufsicht über das Programm verantwortlichen *Treasury Department*, weil es weder sinnvolle Ziele noch Benchmarks für HAMP entwickelt habe (Rooney 2011). Statt die Banken zu beaufsichtigen und zu kontrollieren, pflegt die Obama-Administration eher eine Kooperationshaltung mit den großen Banken (Kiel/Pierce 2011a), und so lassen sowohl die Hypothekenindustrie als auch das zentrale staatliche Rettungsprogramm die von der *mortgage*-Krise Betroffenen im Stich (Kiel/Pierce 2011b).

Als Teil des (im Februar 2009 verabschiedeten) *American Recovery and Reinvestment Act* (ARRA) bewilligte der Kongress 1,5 Mrd. Dollar für (befristete) Wohnungsbeihilfen für obdachlose Familien bzw. solche, die in Gefahr sind, wegen Arbeitslosigkeit oder sonstigen Härtefällen ihre Wohnung zu verlieren. Das Wohnungsministerium HUD verteilt diese Mittel über das sog. *Homelessness Prevention and Rapid Re-Housing Program* (HPRP) an lokale Behörden, die damit circa 300.000 gefährdete Familien bei Miet- und anderen Wohnkosten unterstützen können – angesichts des Ausmaßes des Problems sind das sprichwörtliche ‘Tropfen auf den heißen Stein’. Seit Verabschiedung von ARRA haben sich die Arbeitslosigkeits- und Unterbeschäftigungsraten weit schneller und höher entwickelt als damals unterstellt wurde.

Da die Städte bei weitem nicht hinreichend Mittel für alle Betroffenen haben, unternehmen einige nun interessante Laborversuche und geben wissenschaftliche Studien in Auftrag, mit denen eruiert werden soll, ob bzw. wie Programme wie HPRP überhaupt die Menschen vor der Obdachlosigkeit bewahren. Wie in medizinischen Studien bekommt die eine Hälfte der Probanden die ‘Droge’, die Kontrollgruppe geht leer aus. So lässt sich ermitteln, ob die Menschen nicht doch über ganz andere Ressourcen verfügen, die ihnen ermöglichen, die Obdachlosigkeit zu vermeiden.¹⁵

Ein anderes Beispiel sind die sog. *Community Action Agencies* (CAAs), die 5 Mrd. Dollar aus dem ARRA Konjunkturprogramm erhielten, und die so ziemlich das einzige noch existierende umfassende Anti-Armutsprogramm der USA darstellen. Unter den 200 Bundesprogrammen, die ARRA-Gelder erhielten,

15 Die Stadt New York gibt 577.000 Dollar für eine solche Studie aus, um das dortige, bis dato relativ erfolgreiche Programm, genannt *Homebase*, zu testen. Homebase existiert bereits seit 2004 und bietet Ausbildungsprogramme, Beratung, und Notfallmittel, um Menschen zu unterstützen, damit sie ihre Wohnungen behalten können. Es kostet die Stadt 23 Millionen, jedoch wird 2012 die aus dem Konjunkturpaket des Bundes stammende Bezuschussung für Homebase auslaufen. In der Studie werden deshalb die 400 Haushalte, die zwischen Juni und August 2010 *Homebase*-Unterstützung beantragt haben, beobachtet. 200 der Haushalte wurden regulär in das Programm aufgenommen, den andern 200 wurden die Namen und Adressen von anderen Behörden (wie Arbeitsamt, Räumungs-Interventions-Dienste, etc.) angeboten (Buckley 2010).

rangieren die CAAs an achter Stelle in Bezug auf die Zahl geschaffener Arbeits- und Ausbildungsplätze. Diese Bundesgelder fließen nur, wenn sie – wie alle sogenannten *block grants* – durch weitere öffentliche und private Mittel ergänzt werden: auf diese Art arbeiten die *Community Action Agencies* in einer Vielfalt von Sozial- und Wohnungsprogrammen, Kinder-, Jugendlichen- und Ausbildungsprogrammen, Intervention bei häuslicher Gewalt, Rechtsberatung, und Obdachlosigkeitsprävention – und sparen den Kommunen dadurch viel Geld. „Community Action Agencies (...) sind weithin kaum bekannt, aber sie dienen im ganzen Land als Rettungsleinen für Menschen und Familien, die verzweifelt auf Suppenküchen, Obdachlosenheime oder Betreuung angewiesen sind. (...) Über 20 Millionen Menschen nehmen die Hilfe der *Community Action Agencies* derzeit auf die eine oder andere Art und Weise in Anspruch“ (Herbert 2011). Im Rahmen der Auseinandersetzungen zur Reduzierung des Haushaltsdefizits schlug Obama schon im Februar 2011 vor, die (etwa 700 Mill. Dollar umfassenden) *Community Services Block Grants* um die Hälfte zu kürzen (die Republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus will sie komplett abschaffen) – was dem Defizit kaum an den Kragen gehen, aber die meisten der Programme der *Community Action Agencies* vernichten wird.

Nachdem nun im April die tiefsten Haushaltseinschnitte in der Geschichte der USA beschlossen wurden, stehen diese Block Grants mit Sicherheit zur Disposition, zu 50 oder – spätestens 2012 – zu 100%.

4. Widerstand?

Protest gegen die Abwälzung der Krisenkosten auf die Steuerzahler regte sich in den USA zunächst nur in sporadischen und sehr überschaubaren Aktionen. Organisationen wie *National People's Action*¹⁶ und auch die neu gegründete Allianz von 'Recht auf Stadt'-Gruppen¹⁷ mobilisierten zwar hier und dort vor Niederlassungen der großen Banken, zwangsversteigerten und anderen leer stehenden Häusern

16 NPA ist ein seit 30 Jahren etabliertes Netzwerk v.a. städtischer Organisationen, die sich für wirtschaftliche Gerechtigkeit und gegen rassische Diskriminierung einsetzen. Zusätzlich zu den genannten öffentlichkeitswirksamen Aktionen engagieren sie sich auch für Reformvorhaben auf unterschiedlichen staatlichen Ebenen, wie z.B. die Frank-Dodd-Gesetzgebung zur Wall Street-Reform, und publizieren Analysen zu den Auswirkungen der staatlichen Rettung von Wall Street etc. (vgl. <http://www.npa-us.org/> und auch mewallstreetpay.org).

17 2007 haben sich Stadtteil- und Community-Labor-Organisationen aus Los Angeles, Boston, New York, Chicago, Miami, New Orleans und anderen US-Metropolen zu einer *Right to the City Alliance* zusammen geschlossen, um zu den übergreifend relevanten Themen

oder den Büros und auch Wohnungen von verantwortlichen Politikern. Im Vergleich zu den massenhaften Demonstrationen und Protesten in europäischen Städten sind die Reaktionen im Land, wo sich die Auswirkungen der Krise vor allem in den Städten dramatisch manifestierten, jedoch erstaunlich schwach. Massenhafte Eigenheimverluste, flächendeckender Leerstand, sich ausbreitende Zeltstädte und erodierende kommunale Infrastrukturen wurden scheinbar ohne großes Aufmucken hingenommen. Allerdings protestierten nicht nur Gruppen und Organisationen wie die oben genannten (die in den Medien kaum erwähnt werden). Auch die rechten – unter dem Label der Tea Party mobilisierenden – sogenannten Astroturf-Bewegungen waren sehr aktiv¹⁸ und instrumentalisierten die Kritik des ‘kleinen Mannes’ an der Regierung und den Banken.

Darüber hinaus sind es oft lokale und kleinere Organisationen, die spektakuläre und radikale Aktionen veranstalten. *Take back the land* in Miami/Florida, beispielsweise besetzt leer stehende Häuser und bringt in ihnen obdachlose Familien unter – z.T. dieselben Familien, die dort zwangsgeräumt wurden (siehe <http://takebacktheland.org/>). *Take back the Land* ist Teil eines neuen, noch kleinen Netzwerks von Organisationen, die nicht nur gegen Zwangsräumungen protestieren, sondern sich aktiv ihre Räume (wieder) aneignen.¹⁹ Auch *City Life/La Vida Urbana* in Boston gehört dazu. Diese bereits seit 1973 im Bostoner Stadtteil Jamaica Plains aktive Bewegungsorganisation²⁰ organisierte 2007 eine *Bank Tenant Organization* (BTA), um effektiver gegen die Zwangsvollstreckungen vorgehen zu können. Da im Moment der Vollstreckungserklärung von Hypotheken die Eigenheim- bzw. Wohnungsbesitzer zu Mietern der Banken werden (bank tenants), mobilisiert *City Life* die von Räumung und Zwangsversteigerung Bedrohten, sowohl ehemalige Eigentumsbesitzer als auch Mieter, BTA beizutreten: hier vernetzen sich hunderte von vorher isolierten Räumungsbedrohten auf wöchentlichen Meetings (auf denen Austausch, Rechtsberatung, und die Planung gemeinsamer Aktionen stattfinden); viele Betroffene werden im Rahmen der von ihnen und anderen Unterstützern (darunter viele Jura-Studierende von Harvard und anderen regionalen Universitäten) getragenen *Eviction Blockades* politisiert. In Boston

von Zwangsräumungen, Mieterrechten, Minderheitendiskriminierung, Gentrifizierung und Verdrängung zu kooperieren (Goldberg 2008; Liss 2011).

- 18 „Astroturf“ bedeutet „Kunstrasen“ – im Gegensatz zu „echten“ grassroots-Bewegungen werden die Tea Party-Gruppierungen von Republikanischen Business-Eliten, Billionären, und konservativen Medien finanziell sehr generös ausgestattet (vgl. Jane Mayer 2010).
- 19 Die verschiedenen beteiligten Organisationen in Chicago, Rochester, Washington, Atlanta, Portland etc. sind hier aufgeführt: <http://www.takebacktheland.org/index.cfm?fuseaction=links>
- 20 Zur Geschichte und Ausrichtung der Gruppe siehe http://www.clvu.org/about_us.html

waren bis Juni 2010 bereits ca. 5000 Haushalte von Räumungen betroffen. Bei den circa 800 Fällen, in denen BTA sich eingeschaltet hat, konnte meist bereits durch Verhandlungen mit der Bank – unterstützt durch öffentlichkeitswirksame Nachtwachen vor den bedrohten Häusern und Demos vor den Banken oder bei ihren Golfturnieren (vgl. z.B. Dealbook 2010) – eine Lösung erreicht werden (entweder in der Form, dass die Nutzer/Bewohner Miete an die Bank zahlen, oder dass das Gebäude zum aktuellen Schätzwert zurückgekauft wird; in einigen Fällen kann auch die Unterstützung durch die Kommunalpolitik mobilisiert werden). Wo dies nicht möglich ist, organisiert die Gruppe Räumungsblockaden, sobald die Bewohner den Räumungsbescheid erhalten. Der öffentliche Druck führt sehr häufig zum Erfolg, und die Organisation wächst dank des Zustroms der politisierten Menschen, die ihre Wohnung retten konnten.

Nachdem auch nach drei Jahren Wohnungsmarktkrise die Regierung immer noch keinerlei wirksame Schritte unternimmt, die Hypothekenfirmen zu Darlehensmodifikationen und Wertanpassungen zu drängen, sind mehr und mehr Kommunen bereit, die nun im Besitz der Banken befindlichen Immobilien aufzukaufen, um sie dann – meist in Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Stadtteil-Finanzinstitutionen (wie *Boston Community Capital*) oder auch mit *Habitat for Humanity* – an alternative Wohnungsbaugesellschaften zu verkaufen. Allerdings ist dieser Weg zunehmend durch die eigene Fiskalkrise bedroht und funktioniert perspektivisch nur, falls Washington weitere *Stimulus*-Gelder bereit stellt. Diese Lage radikalisiert jedenfalls inzwischen auch die sonst stärker auf Kooperation und Lobby-Arbeit setzenden Organisationen wie NPA, die im März 2011 mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen einige Furore in den Medien erzielten. So organisierte sie einen Massenbesuch der Versammlung der *National Association of Attorneys General* in Washington, D.C., in deren Macht es steht, den Bankern strengere Auflagen zu erteilen.

Eine Radikalisierung und Ausweitung der Proteste wurde jedoch vor allem durch die Attacken von immer mehr Einzelstaatsregierungen auf die Rechte der Gewerkschaften im öffentlichen Sektor ausgelöst, die, angefangen in Madison, Wisconsin (Sulzberger 2011) inzwischen breite, lautstarke und anhaltende Proteste in vielen einzelstaatlichen Hauptstädten, inklusive Belagerung der jeweiligen Regierungsgebäude, hervorgerufen haben. Nachdem die Gewerkschaften in Wisconsin den Forderungen nach Lohn-, Renten- und Krankenversicherungseinbußen schon nachgegeben hatten, um ihren Beitrag zur Linderung des Haushaltsdefizits (von 137 Mill. Dollar) zu leisten – eines Defizits, das Gouverneur Walker in Wisconsin durch 117 Mill. Dollar an Steuergeschenken an Konzerne erst noch vergrößert hat (Davey 2011a) – waren sie nicht bereit, die umfassenden Angriffe auf die gewerkschaftlichen Organisationsrechte der bei Kommunen und Staaten Beschäftigten kampfflos hin zu nehmen. Lehrer, Müllarbeiter, Kran-

kenschwestern, Ärzte, Schüler und andere im öffentlichen Sektor Angestellte wurden in ihren Protesten von Gewerkschaften im Privatsektor, von Bauern, die mit ihren Traktoren in die Hauptstadt kamen, von Studenten und vielen anderen gesellschaftlichen Gruppen unterstützt. Ohio, Iowa, Michigan, Indiana, Washington, New Jersey, insgesamt 22 Staaten folgten bald mit ähnlichen, z.T. noch schärferen gewerkschaftsfeindlichen Vorhaben,²¹ mit dem Effekt, dass sich die Proteste jetzt quer durch die USA ausbreiten: in Indiana, Ohio, Iowa, Florida, Tennessee, Idaho und Washington.

Zum Teil klinkte sich auch die Wiederwahlmaschinerie für Präsident Obama in diese Proteste ein: Ohio und Wisconsin sind schließlich wahlentscheidende Staaten, in denen es gilt, von den Demokraten enttäuschte Wähler wieder für Obama zu mobilisieren. Aus diesem Grund beteiligten sich auch die Demokraten und die Wahlkampforganisation des Weißen Hauses *Organizing for America* an der Mobilisierung für die Proteste.

Dass die Unterstützung aus Washington nachhaltig sein könnte, erscheint angesichts der Schwerpunkte, die bei den Washingtoner Kürzungsrunden gesetzt werden, allerdings fraglich. Vielleicht ist der Fall der Bundeshauptstadt wegweisend. Auf diese Stadt wirken sich die drastischen Einschnitte des Bundeshaushalts wegen ihres Sonderstatus als *District of Columbia* sofort und unmittelbar aus. Da die Stadt nicht autonom über die Verwendung ihrer eigenen Steuergelder entscheiden darf, bestimmte der Kongress nun – ohne jede Verhandlung mit der Washingtoner Stadtverwaltung –, dass im aktuellen Haushalt Gelder für Programme zur Subvention von Abtreibung bei einkommensschwachen Frauen, oder für saubere Spritzen (wegen der hohen Aids-Raten in Washington) gestrichen wurden. Der Washingtoner Bürgermeister Gray und Stadtratsmitglieder und weitere Bürger konnten ihrer Position nur noch mit einer Kundgebung und Sitzblockade vor dem Capitol zum Ausdruck bringen – und wurden prompt verhaftet (Pershing 2011).

Literatur

- Associated Press (2009): Recession widens gap between rich and poor even further, in: *New York Daily News*, 1. Oktober.
- Brown, Leslie (2009): Belt-Tightening by States Squeezes Cities and Towns, in: *Wall Street Journal*, 20. Juni.
- Buckley, Cara (2010): To Test Housing Program, Some are Denied Aid, in: *New York Times*, 8. Dezember.

21 Der gewerkschaftliche Organisationsgrad im öffentlichen Sektor beträgt zur Zeit noch 36,2% – im Privatsektor sind Gewerkschaften mit 6,2% schon fast eine vernachlässigbare Größe. Der generelle Abwärtstrend gewerkschaftlicher Organisation setzte sich auch 2010 fort, der Grad insgesamt fiel von 12,3 auf 11,9% (McAlevy 2011).

- Center for Budget and Policy Priorities (2010): *At Least 46 States Have Imposed Cuts That Hurt Vulnerable Residents and the Economy*, 4. August, Washington: CBPP .
- City Life Vida Urbana (2010): Organizing against the economic crisis by creating a Bank Tenants Association. Juni.
- Cohen, Ariella (2009): US cities in crisis but new solutions are taking hold, in: *Next American City*, Spring 2009 (www.citymayors.com/economics/us-cities-crisis.html).
- Cooper, Michael (2010a): Governments go to extremes as the downturn wears on, in: *New York Times*, 6. August.
- (2010b): Struggling Cities Shut Firehouses in Budget Crisis, in: *New York Times*, 26. August.
- (2011): The Cuts Cascade as States Pass Fiscal Pain to Cities, in: *New York Times* 24. März, A20.
- Cooper, Michael; Mary Williams Walsh (2010): Mounting State Debts Stoke Fears of a Looming Crisis, in: *New York Times*, 4. Dezember.
- Davey, Monica (2011a): For Wisconsin Governor, Battle was Long Coming, in: *New York Times*, 19. Februar.
- (2011b): The Odd Challenge for Detroit Planners, in: *New York Times*, 5. April 2011.
- Dealbook (2010): In Boston, a Lender Steps in After Foreclosures, in: *New York Times*, 22. März (<http://dealbook.nytimes.com/2010/03/22/in-boston-a-lender-steps-in-after-foreclosures/>).
- Dennis, Brady; Peter Wallsten (2011): Obama joins Wisconsin's budget battle, opposing Republican anti-union bill, in: *Washington Post*, 18. Februar 2011.
- Dolan, Matthew (2010): Less than a Full-Service City. Plan for Detroit Would Pull Resources – and Population – From Blighted Districts, in: *Wall Street Journal*, 11. Dezember 2010..
- Dougherty, Conor (2009): In the Exurbs, the American Dream is Up for Rent, in: *Wall Street Journal*, 30. März 2009.
- Eaton, Leslie (2009): Belt-Tightening by States Squeezes Cities and Towns, in: *Wall Street Journal* June 20, 2009.
- Evans, Trevor (2007): Das Ende der Immobilienblase in den USA, in: *PROKLA* 146, 37/1 (März), 129-138.
- (2008): Die gegenwärtige Finanzkrise und die Grenzen der US-amerikanischen Geldpolitik, in: *PROKLA* 153, 38/4 (Dezember), 513-533 .
- French, Shaun, Andrew Leyshon (2010): 'These f@#king guys': the terrible waste of a good crisis, in: *Environment and Planning A*, vol 42, 2549-2559.
- Gittelsohn, John, Bob Willis (2010): Housing Slide in U.S. Threatens to Drag Economy into Recession, in: *Bloomberg News*, 23. August, 2010..
- Goldberg, Harmony (2008): Building Power in the City: Reflections on the Emergence of the Right to the City Alliance and the National Domestic Workers Alliance, (<http://inthemiddleofthewhirlwind.wordpress.com/building-power-in-the-city/>).
- Goodman, Laurie (2010): The Housing Crisis – Sizing the Problem, Proposing Solutions, Oktober.
- Hahn, Dorothea (2010): Deutsche Bank bereit zu Hilfe in Milwaukee, in: *taz* 25. Juni 2010.
- Harvey, David (2010): *The Enigma of Capital and the Crisis of Capitalism*, Profile Books.
- Herbert, Bob (2011): The Human Cost of Budget Cutting, in: *New York Times*, 19. Februar.
- Hudson, Michael (2010): *The Monster. How a Gang of Predatory Lenders and Wall Street Bankers Fleeced America – and Spawned a Global Crisis*. New York: Times Books/Henry Holt & Co.
- Jensen, Christopher (2010): A Crash. A Call for Help. Then, a Bill, in: *New York Times*, 3. September.
- Kiel, Paul, Olga Pierce (2011a): Government's Loan Mod Program Crippled by Lax Oversight and Deference to Banks, in: *ProPublica*, 27. Januar (<http://www.propublica.org/ion/loan-modifications>).
- (2011b): Loan Mod Program Left Homeowners' Fate in Hands of Dysfunctional Industry, in: *ProPublica* 17. Februar (<http://www.propublica.org/article/loan-mod-program-left-homeowners-fate-in-hands-of-dysfunctional-industry>).

- Kneebone, Elizabeth, Emily Garr, (2009): *The Landscape of Recession: Unemployment and Safety Net Services across Urban and Suburban America*, Washington: Brookings Institution, Juli (http://www.brookings.edu/papers/2009/0722_recession_kneebone.aspx).
- Kroll, Andy (2010): Die Rasenmaler von Kalifornien. Versuche, den amerikanischen Traum zu retten, in: *LeMonde Diplomatique*, 15. Januar, 17-19..
- Krugman, Paul (2010a): America Goes Dark, in: *New York Times*, 8. August.
– (2010b): Hey, Small Spender, in: *New York Times*, 10. Oktober.
- Lee, Don (2010): Unemployment stays at 9.6% as schools, governments slash jobs, in: *Los Angeles Times*, 9. Oktober.
- Liss, Jon (2011). Right to the City: from Theory to Alliance, in: Neil Brenner, Peter Marcuse, Margit Mayer, Hg., *Cities for People, not for Profit*. London: Routledge.
- Mayer, Jane (2010): Covert Operations, in: *New Yorker*, 30. August.
- McAlevy, Jane (2011): Labor's Last Stand, in: *The Nation*, 16. Februar.
- McGreal, Chris (2009): From New York to LA: UN human rights expert tours US hearing from subprime crisis victims. UN say US is neglecting deepening homeless crisis, in: *Guardian*, 12. November .
- Mishak, Michael J. (2011): California Governor Jerry Brown defends cutting redevelopment agencies, in: *Los Angeles Times*, 27. Januar .
- Moberg, David (2011): Anti-Austerity Alliance wins in Illinois, in: *In These Times*, 24/25. März.
- Nocera, Jow (2011): Biggest Fish Face Little Risk of Being Caught, in: *New York Times*, 25. Februar, 2011.
- Orr, Andrea (2010): *Three Years Later, Millions Wait for Jobs*, Washington: Economic Policy Institute (http://www.epi.org/analysis_and_opinion/entry/three_years_later_millions_wait_for_jobs10/).
- Pershing, Ben (2011): Gray, Council Members Arrested at Protest of D.C. Riders in Spending Bill, in: *The Washington Post Local*, 12. April (http://www.washingtonpost.com/local/politics/gray-council-members-arrested-at-protest-of-dc-riders-in-spending-bill/2011/04/11/AFRW-PBND_story.html).
- Popelard, Allan, Paul Vannier (2010): Detroit, Detroit. Die Autostadt stirbt, in: *Le Monde diplomatique* Nr. 9089, 15.1.2010.
- Powell, Michael, Janet Roberts (2009): Minorities Affected Most As New York Foreclosures Rise, in: *New York Times* 16. Mai 2009.
- Rauh, Joshua D., Robert Novy-Marx (2010): *The Crisis of Local Government Pensions in the United States* (<http://www.kellogg.northwestern.edu/faculty/rauh/research/NMRLocal20101011.pdf>).
- Riccardi, Nicholas (2011): Labor union stronghold rethinking its position, in: *Los Angeles Times*, 18. Februar.
- Rooney, Ben (2011): TARP Watchdog Blasts Obama's Foreclosure Program, in: *CNN Money*, 25. Januar (http://money.cnn.com/2011/01/25/news/economy/sigtarp_report/).
- Rusli, Evelyn M. (2010): Dr. Doom Predicts Another \$1 Trillion in Housing Losses, in: *New York Times DealBook*, 6. Dezember.
- Schmitt, John (2010): The Wage Penalty for State and Local Government Employees. Washington: Center for Economic and Policy Research (<http://www.cepr.net/documents/publications/wage-penalty-2010-05.pdf>).
- Snyder, Michael (2011): JP Morgan makes big bucks from food stamp growth, in: *Alternet* Januar (http://www.alternet.org/rss/1/446636/jp_morgan_makes_big_bucks_from_food_stamp_growth_then_hires_workers_in_india_with_our_tax_dollars).
- Steinmetz, George (2009): Detroit: A Tale of Two Crises, in: *Environment & Planning D: Society & Space*, 27, 761-770.
- Sulzberger, A.G. (2011): Union Bill is Law, but Debate is far from over, in: *New York Times*, 11. März.

- Turse, Nick (2009): America's Municipal Meltdown: It's Tough Times for Troubled Towns, in: *Alternet* 23. Februar www.alternet.org/story/128264.
- Valenza, Chaz (2010): The Hunger Game, in: *OpEdNews.com*, 22. Dezember (<http://www.opednews.com/articles/The-Hunger-Game-by-Chaz-Valenza-101222-543.html>).
- Van Natta Jr., Dan (2009): Firm Acted as Tutor in Selling Towns Risky Deals, in: *New York Times*, 8. April.
- Walker, Richard (2010): The Golden State Adrift, in: *New Left Review* 66, November/Dezember.
- Weller, Christian E. (2010): *Economic Snapshot for November 2010*. Center for American Progress (http://www.americanprogress.org/issues/2010/11/pdf/nov10_econ_snapshot.pdf).
- Whoriskey, Peter, Amy Gardner (2011): Ohio, Wisconsin shine spotlight on new union battle: Government workers vs. taxpayers, in: *Washington Post*, 27. Februar.
- Williams Walsh, Mary (2010): Cities in Debt Turn to States, Adding Strain, in: *New York Times*, 4. Oktober.

DECENT WORK FOR ALL!



Weltweit sind überwiegend Frauen von Armut betroffen. Flexibilisierung, Prekarisierung und die Mehrfachausbeutung des Arbeitsmarktes von Frauenarbeit werden gezielt als wirtschaftlicher Vorteil gehandelt. Niedrige Bezahlung, schlechte Arbeitsbedingungen, Diskriminierungen, keinerlei soziale Absicherung und unbezahlte Pflege- und Fürsorgearbeit, die geleistet werden muss, spielen dabei eine zentrale Rolle.

Die Kampagne „DECENT WORK for ALL“ zeigt Alternativen für eine geschlechtergerechte globale Arbeitswelt auf.

Mehr zu unserer Arbeit unter
www.frauensolidaritaet.org (Kampagne)
 Telefon +43/1/317 40 20–403 bzw. –405
 E-Mail kampagne@frauensolidaritaet.org